

Provisorische Nationalversammlung. — 10. Sitzung am 18. Dezember 1918.

21

N. V. / L.

Anfrage

des

Nationalrates Vinzenz Malik und Genossen an das Staatssekretariat für Heerwesen, betreffend die rückständigen Gebühren der aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Offiziere und Mannschaften.

Es gibt noch immer Hunderte von Heimkehrern aus der Gefangenschaft, welche die ihnen zukommenden Gebühren noch nicht erhalten, und unter ihnen manche besonders Berücksichtigungswürdige, welche außer auf die ihnen vorenthaltenen normalen Gebühren berechtigten Anspruch auf Vergütung spezieller Auslagen haben. Solche sind:

- a) Infolge besonders harter Lage (Gefängnishaft, Entzug der Kriegsgefangengebühren etc.) durch neutrale und Rote Kreuz-Kommissionen erhaltene Darlehen;
- b) für im Interesse des Staates ausgelegte eigene Gelder.

Durch diesen Vorenthalt sind sie oft geradezu dem Elend preisgegeben.

Es scheint, daß die alte Mißwirtschaft von kompetenten Streitigkeiten zwischen den maßgebenden

Staatsämtern die Ursache der Nichterledigung dieser Angelegenheit sind.

Es muß mit allem Ernste und Dringlichkeit darauf verwiesen werden, daß dieser Zustand eine begreifliche Erregung unter den Heimkehrern züchtet, welche um so gefährlicher werden muß, als dieser junge Staat kommenden Wahlen entgegengeht. Ein jeder dieser Unbefriedigten bildet ein Element gegnerischer Agitation gegen die gegenwärtige Regierung. Das möge man bedenken und schleunige Abhilfe schaffen.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Will das Staatsamt für Heerwesen in gerechter Würdigung der Lage dieser Heimkehrer unverzüglich die Angelegenheit der rückständigen Gebühren der Heimkehrer der Erledigung zuführen?“

Wien, 18. Dezember 1918.

Banz.
Dr. Neumann-Walter.
Hummer.

Malik.
D. Teufel.
M. Brandl.